

London) bevorzugt wurden. Bei letzterer Skulptur sei angemerkt, daß die Darstellung bzw. der Vergleich mit Herkules durchaus nichts Außergewöhnliches ist, sondern einer gängigen Usance jenes Jahrhunderts entspricht, wovon sich vergleichbare Beispiele leicht anführen ließen.

Angesichts einer derart sauber gearbeiteten und kenntnisreich dokumentierten Untersuchung, deren vorbildliche drucktechnische Ausstattung gleichfalls zu loben ist, fällt es schwer, auf Einzelheiten einzugehen und etwaige Errata zu korrigieren bzw. Ergänzungen anzumelden.³ Es soll mit dem Wunsche geschlossen werden, daß Evans' vorzügliches Zeitgemälde alsbald durch eine Übersetzung ins Deutsche einem weiteren Leserkreis zugänglich gemacht werde, denn bis auf weiteres wird es die erschöpfende Monographie Rudolfs II. und seiner Epoche zu ersetzen haben.⁴

Rom, Innsbruck

Alfred A. Strnad

3) Zum gesamten Fragenkomplex wäre jetzt zu vergleichen: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder, hrsg. von K. Bosl, Bd II, Stuttgart 1972, bes. S. 182 ff. Zur Breslauer Situation zwischen 1596—1599 neuerdings J. Köhler: Das Ringen um die Tridentinische Erneuerung im Bistum Breslau. Vom Abschluß des Konzils bis zur Schlacht am Weißen Berg 1564—1620 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, Bd 12), Köln, Wien 1973, bes. S. 251 ff.

4) Gertrude von Schwarzenfeld: Rudolf II. Der Saturnische Kaiser, München 1961, kann als solche nicht gewertet werden, zumal sie sich am Rande der Belletristik bewegt, und J. B. Novák: Rudolf II. a jeho pád [Rudolf II. und sein Sturz], Prag 1935, ist nie übersetzt worden, doch liegt der Schwerpunkt dieser ausgezeichneten Arbeit auf den letzten Jahren Rudolfs II. — wie der Titel andeutet.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848—1867. VI. Abteilung:

Das Ministerium Belcredi. Band 2: 8. April 1866—6. Februar 1867. Bearb. von Horst Brettner-Messler. Mit einer Einleit. von Friedrich Engel-Janosi. (Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848—1867.) Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst. Wien 1973. LXXXVIII, 478 S.

Es ist erfreulich zu sehen, daß die von einer österreichischen und einer ungarischen Arbeitsgruppe gemeinsam betreute Quellenpublikation zügig fortgeführt wird. Waren im Einleitungsband (1970) das editorische Verfahren für das ganze Unternehmen sowie Wesen und Funktion des österreichischen Ministerrats in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens instruktiv dargestellt worden und hatte der erste Textband (1971) die Protokolle aus dem ersten Jahr des Kabinetts Belcredi enthalten¹, so werden nun die Aufzeichnungen über die Ministerkonferenzen veröffentlicht, die während der wohl folgenreichsten Phase in der Spätzeit des Habsburgerreiches abgehalten wurden. Nach der Niederlage im Krieg gegen Preußen war die Monarchie gezwungen, ihren staatsrechtlichen Zusammenhang mit dem deutschen Mitteleuropa zu lösen und ihre innere Ordnung nach dem mit der madjarischen Führung ausgehandelten dualistischen Konzept neu einzurichten. Folgenreich waren diese Entscheidungen bekanntlich in doppelter Hinsicht: einmal wurde in der dem Reich einzig noch verbliebenen Einflußsphäre, auf dem Balkan, ein machtpolitischer Konflikt mit Rußland immer wahrscheinlicher; innenpolitisch aber hatte die Auflösung des Deutschen Bundes und die erzwungene österreichische Zustimmung zur preußischen

1) Vgl. die Besprechungen in: ZfO 21 (1972), S. 579 f. und 768 f.

Lösung der deutschen Frage, die eineinhalb Jahrzehnte hindurch offengeblieben war, die bleibende Schwächung der deutschen Führungsschicht des Habsburgerreiches zur Folge, während die den Madjaren in der östlichen Reichshälfte zugestandene Hegemonie dazu beitrug, daß eine sinnvolle Bereinigung des bereits sichtbar gewordenen Nationalitätenproblems nicht zustande kam, weil bei einer solchen Lösung vor allem den slawischen Völkern ein wesentlich größerer Anteil als bisher an der Macht im Staate hätte eingeräumt werden müssen.

Die historische Bedeutung der im Ministerrat während dieser zehn Monate besprochenen Fragen macht es verständlich, daß rund ein Drittel dieser Protokolle, zumindest im Auszug, bereits veröffentlicht vorliegt, vor allem in dem nach wie vor grundlegenden „Österreichischen Staats- und Reichsproblem“ von Josef Redlich sowie in Heinrich von Srbiks „Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859—1866“, wozu jüngst noch eine italienische militärhistorische Edition getreten ist.² Jetzt aber stehen diese schon zum Teil gedruckten Protokolle nicht nur jeweils im vollen Wortlaut der Forschung zur Verfügung, sondern durch die hier erstmals publizierten Niederschriften erhalten wir auch einen lückenlosen Überblick über den Gang der Debatten im Kreis der obersten Berater des Monarchen, eine Tatsache, die für die wissenschaftliche Beschäftigung mit den hier erörterten Problemen nur von Vorteil sein kann, wenn auch die nun edierten Archivalien schon seit langem der Benutzung zugänglich waren.

Selbstverständlich nahmen die Vorbereitungen für den Krieg, den Österreich ja nicht nur gegen Preußen, sondern auch gegen Italien zu führen hatte, sowie dessen Verlauf und Ergebnisse einen besonders breiten Raum in den Beratungen der Minister ein. Daneben aber dürfte für den Leserkreis der „Zeitschrift für Ostforschung“ von besonderem Interesse die Behandlung sein, die damals in den Ministerkonferenzen drei innenpolitisch wichtige Fragen gefunden haben: die schon bald zu einem gewissen Erfolg führenden Versuche der Polen, dem Kronland Galizien eine ähnlich unabhängige Stellung zu verschaffen, wie sie in der dualistischen Konstruktion für die Länder der St.-Stephans-Krone vorgesehen war, dann die Überlegungen innerhalb der Staatsleitung, durch „Germanisierung“, zum Teil aber auch durch „Slawisierung“ der Beamenschaft die Einheit des Reiches zu stärken — Maßnahmen, die sich damals in erster Linie gegen die Italiener in Welschtirol und im Litorale richteten, die nach dem Verlust Venetiens noch in der Monarchie geblieben waren —, und schließlich die Beratungen über die Hilfe des Staates bei der Beseitigung der Kriegsschäden in den böhmischen Ländern; dabei bestand Übereinstimmung darüber, daß die „Verwüstungen“ durch die Kämpfe, namentlich im Gebiet um Königgrätz, „einem Elementarereignis gleichkommen“, so daß „die politische Verwaltung“ zur Unterstützung beim Wiederaufbau der zerstörten Gebäude, zur Bereitstellung von Saatgut und zur Lieferung von Lebensmitteln für den Winter allein schon deshalb verpflichtet sei, „um die Leute steuerkräftig zu erhalten“ (S. 261). — Eine wertvolle Hilfe für die erst in ihren Anfängen stehende Untersuchung sozialer und wirtschaftlicher Phänomene in der Geschichte des österreichischen Nationalitätenproblems bieten die ausführlichen Besprechungen über den Stand und die Fortführung der nach 1848 eingeleiteten Grundentlastung, vor allem in Böhmen, Mähren und Galizien. Die dabei geäußerte Vermutung, die geplante Aufhebung der bis dahin den Lehrern auf dem

2) A. Filipuzzi (Hrsg.): La campagna del 1866 nei documenti militari austriaci, 2 Bde, Padua 1966/68.

Land von den Bauern geleisteten Naturalabgaben würde die Folge haben, daß die Lehrer „mit der Geldrelution nicht leben könnten“ (Böhmen, S. 386), spielte auch wenige Jahre später eine Rolle, als der Staat daranging, das gesamte niedere Schulwesen, besonders auch die Besoldung der Lehrer, einheitlich zu regeln.

Im Ortsregister ist eine kleine Korrektur zu notieren: der Ort, den Bismarck am Beginn der Nikolsburger Verhandlungen im Zusammenhang mit einer eventuellen Grenzbegradigung nördlich von Reichenberg genannt hatte, heißt nicht Neustadtl, sondern Neustadt an der Tafelfichte (Nové Město pod Smrkem; S. 179 u. 469). — Sehr störend ist, daß, entgegen dem Abkürzungsverzeichnis, im editorischen Apparat die Sigel für die Archive in Kapitälchen und nicht in Versalien gesetzt wurden.

Köln

Peter Burian

Alfred Ableitinger: Ernest von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre

1900. Österreichische Nationalitäten- und Innenpolitik zwischen Konstitutionalismus, Parlamentarismus und oktroyiertem allgemeinem Wahlrecht. (Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, Bd XII, Schriften des DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Fonds, Nr. 9.) Verlag Hermann Böhlau Nachf. Wien, Köln, Graz 1973. 244 S.

Die Verfassungsprobleme der Donaumonarchie nach dem Ausgleich 1867 haben bisher vor allem im Hinblick auf die Ära Taaffes, Badenis und Becks und der jeweiligen Quotenverhandlungen mit Ungarn das Interesse des Historikers in höherem Maße geweckt. Ernest von Koerber und sein beachtenswerter Versuch, für die innerstaatliche Entwicklung nach der Parlamentsrevolution der Badeni-Zeit eine Phase der Ruhe und Konsolidierung einzuleiten, haben bisher keine eingehende Erörterung gefunden. Gewiß mag es auch daran liegen, daß die Quellen für die Innenpolitik des scheinkonstitutionellen Systems oft nur spärlich sind. Dies gilt selbst für den Bereich der Zentralstellen, noch mehr aber für die Parteigruppierungen der einzelnen Nationen, deren Bürgertum nach den Wahlreformen von 1882 und 1896 in verstärktem Maß Eingang ins Parlament gefunden hatte. Sogar die Sozialdemokratie als schwache Repräsentation der Unterschichten kann quellenmäßig nicht allzuviel zu den Verfassungsproblemen des Jahres 1900 beisteuern; in diesem Zusammenhang wäre überdies die Frage nach den Kontakten des versierten Verwaltungsbürokraten Koerber zu den Sozialdemokraten wohl angebracht.

Der Vf. behandelt in breitem Referat die Innenpolitik Österreichs vor der Jahrhundertwende und charakterisiert u. a. die Stellung des Deutschtums im Rahmen der zisleithanischen Nationalitätenpolitik. Er geht auch auf die schwierige Lage der Deutschen in den böhmischen Ländern ein, die sich seit Taaffe fühlbar verschlechtert hatte. Die Politik Wiens geriet nach 1896 unter dem Druck, den Ausgleich zu erneuern, in eine verhängnisvolle Situation. Seit Badenis Scheitern, vor allem verursacht durch den Mißerfolg seiner Sprachenverordnungen für Böhmen, war es fast unmöglich geworden, den Ausgleich mit Ungarn auf parlamentarischem Wege abzuschließen. Auf Grund der vorhandenen Quellen, vor allem der Tagebücher Baernreithers und Kaizls sowie der deutschen Botschaftsberichte, erörtert der Vf. die zahlreichen Versuche Thuns und Clarys zur Beilegung der Staatskrise. Koerbers Berufung erschien fast als letzter Ausweg. Nach eingehender Würdigung dieses erfahrenen Verwaltungsbeamten richtet der Vf. sein Augenmerk auf die bedeutsamen Verständigungskonferenzen im Jahre 1900, bei denen Koerber mit beachtlichem Geschick vor-